

MUT ZUR VERANTWORTUNG

KOMMUNALWAHLPROGRAMM DER CDU OFFENBACH
FÜR DIE WAHLPERIODE 2011 - 2016

VERANTWORTUNG BEDEUTET

- Probleme benennen
- Chancen erkennen
- Schwerpunkte setzen
- Handeln

WIR MACHEN DAS!

INHALT

VORWORT	1
WIRTSCHAFT UND ARBEIT	4
BILDUNG.....	6
BÜRGERBETEILIGUNG UND MODERNE VERWALTUNG	8
FINANZEN	10
INTEGRATION	12
STADTENTWICKLUNG.....	14
MOBILITÄT UND VERKEHR.....	17
SICHERHEIT UND SAUBERKEIT	19
FAMILIE, JUGEND UND SOZIALES.....	21
SENIOREN.....	24
GESUNDHEIT	26
KULTUR	27
SPORT UND FREIZEIT	29
UMWELT	30
FLUGHAFENAUSBAU	31

Beschlossen durch den Kreisparteitag der CDU Offenbach am 15. Januar 2011

Redaktioneller Hinweis: Wir verwenden in diesem Programm zur besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum, es ist jedoch in allen Passagen stets die männliche und weibliche Form zu verstehen.

VORWORT

Liebe Offenbacherinnen und Offenbacher,

am 27. März 2011 findet in Offenbach die Kommunalwahl statt.

Es ist Zeit für einen Wechsel: Offenbach braucht klare politische Verhältnisse mit einer bürgerlichen Mehrheit. In unserem Kommunalwahlprogramm zeigen wir Ihnen unsere Vorstellungen und Ziele für die Zukunft unserer Heimatstadt.

Wir wollen ein wirtschaftlich starkes Offenbach.

Nur auf einem starken wirtschaftlichen Fundament kann unsere Stadt sich zukunfts-trächtig weiterentwickeln. Eine finanzielle Konsolidierung Offenbachs nutzt allen und ist damit alternativlos. Offenbach bietet beste Standortbedingungen für Unternehmen: zentrale Lage im Rhein-Main-Gebiet, ideale Verkehrsanbindung, hochmoderne und preisgünstige Büro- und Gewerbeflächen – dennoch herrscht seit Jahren Stillstand. Wir werden das ändern!

Wir wollen ein bildungsorientiertes Offenbach.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkel die besten Chancen erhalten. Moderne Schulgebäude sind hierfür ebenso Grundvoraussetzung wie eine optimale Frühförderung im Kindergarten und ein vielfältiges Schulsystem, das den Kindern individuell die besten Fördermöglichkeiten bietet. Wir wollen aus der Summe aller Bildungsstandorte die „Bildungsstadt Offenbach“ machen.

Wir wollen ein transparentes und bürgernahes Offenbach.

Eine moderne Stadtpolitik und effizientes Verwaltungshandeln zeichnen sich durch Transparenz und Offenheit aus. Offenbach hat hier großen Nachholbedarf. Der Dialog mit den Bürgern endet für uns nicht am Wahlabend des 27. März. Wir wollen Offenbach gemeinsam weiterentwickeln. Die modernen Medien bieten alle Möglichkeiten für einen direkten Draht zwischen Stadt und Bürger. Wir werden diesen direkten Draht intensiv nutzen, denn die Meinung und Einbindung der Bürger ist uns wichtig.

Wir wollen ein leistungsfähiges Offenbach.

Offenbach braucht eine starke Bürgerschaft. Der Umbau der Stadtstruktur – seit Jahren nur propagiert – muss endlich offensiv und mit aller Kraft angegangen werden. Wir werden das tun. Wo immer möglich, werden wir die Rahmenbedingungen hierfür schaffen.

Wir wollen ein Offenbach als Heimat für alle.

Offenbach ist weltoffen. Wir leben und achten gegenseitig unsere unterschiedlichen kulturellen Traditionen und Religionen auf Basis unserer demokratischen Grundordnung. Wer für einen erfolgreichen Start in Offenbach zunächst Hilfe und Förderung benötigt, der soll diese erhalten. Wer bereit ist, einen Beitrag zu einem friedlichen Miteinander zu leisten, der soll hier eine Heimat als weltoffener Nachbar und Offenbacher Mitbürger finden: in einem Offenbach der Toleranz und Freiheit, der Demokratie unter Achtung der Grundrechte.

Wir wollen ein zukunftsorientiertes und nachhaltig entwickeltes Offenbach.

Offenbach ist die Stadt am Fluss, die Stadt im Grünen. Offenbach ist die kleine Großstadt mit vielen Problemen und doch auch vielen Chancen und viel Lebensqualität – gerade auch in den Stadtteilen Bieber, Bürgel und Rumpenheim. Offenbach ist die junge Stadt, die doch auch älter wird. Leben, Wohnen, Arbeit, Bildung, Energie, Verkehr, Einkaufen, Kultur, Natur, Sport, Freizeit – all das und noch viel mehr gilt es in einem nachhaltigen Stadtentwicklungskonzept „OF 2025“ miteinander zu verbinden. Wir wollen dieses Zukunftskonzept entwickeln, transparent und gemeinsam mit den Bürgern. Es geht um unser Offenbach.

Wir wollen ein lebenswertes und gesundes Offenbach.

Der Schutz der Umwelt und ein schonender Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen bei gleichzeitiger Wahrung der Entwicklungsmöglichkeiten sind Kennzeichen einer modernen Stadtpolitik. Verbote, dogmatische Vorschriften oder ideologische Fixierungen entsprechen nicht unserem Verständnis. Wir plädieren für intelligente Lösungen, wie beispielsweise ein Baum-Programm „Grün in die Stadt“. Damit wird nicht nur das Stadtbild schöner – Bäume sorgen auch für bessere Luft.

Wir wollen ein Offenbach mit modernem Verkehr.

Wir betreiben keine Verkehrsideologie, sondern machen uns stark für das Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsmittel und Verkehrswege. Wir brauchen leistungsfähige und gepflegte Straßen, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, moderne und gute Radwege und eine Lobby auch für Fußgänger: Gerade für jene, die in ihrem Gehverhalten eingeschränkt sind. Unsere Innenstadt muss auch für Autofahrer aus allen Richtungen gut erreichbar bleiben, und die Einkaufsstadt Offenbach braucht ausreichend moderne Parkplätze. Dafür werden wir Sorge tragen.

Wir wollen ein sauberes Offenbach.

Sauberkeit ist ein Bürgerrecht. Wir wollen diesem Recht mehr Geltung verschaffen und Schmutzfinken zur Rechenschaft ziehen. Der Einsatz von Mülldetektiven gehört gleichermaßen dazu, wie eine klare Aufgabenzuweisung an die Stadt- und Hilfspolizei, damit auch das achtlose Wegwerfen von Kleinmüll sanktioniert wird.

Wir wollen ein sicheres Offenbach.

Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für individuelle Freiheit. Die Straßen, Plätze und Grünanlagen in Offenbach müssen sichere Freiräume für die Bürgerinnen und Bürger sein. Wir werden gemeinsam mit der Polizei alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um dies zu gewährleisten: zusätzliche Videokameras – dort wo sie notwendig sind – zählen für uns ebenso dazu wie ein Freiwilliger Polizeidienst.

ES GEHT AM 27. MÄRZ UM IHRE GANZ PERSÖNLICHEN ANLIEGEN

Es geht um Ihre Straßen und Radwege, um den Betreuungsplatz und die Schule Ihrer Kinder und Enkel, um Ihren Seniorentreff, Ihren Stadtteil und um Ihre Grünanlage; um die Bücherei, das Museum, das Konzert oder Theater; um Ihre Turnhalle und Ihren Sportplatz. All das kann erhalten, ausgebaut, modernisiert und weiterentwickelt werden, wenn Sie am 27. März der richtigen Partei Ihre Stimmen geben – der Offenbacher CDU und ihren Kandidatinnen und Kandidaten.

Offenbach braucht klare Verhältnisse und klare Entscheidungen.
Offenbach braucht eine bürgerliche Mehrheit mit einer starken CDU.
Deshalb bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen:

Wir, die Offenbacher CDU!
Wir haben Mut zur Verantwortung!
Es ist Zeit für einen Wechsel!



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Grüttner'.

Stefan Grüttner MdL
Kreisvorsitzender



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Freier'.

Peter Freier
Fraktionsvorsitzender

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die zentrale Lage inmitten des Rhein-Main-Gebietes gibt dem Wirtschaftsstandort Offenbach einen Vorsprung vor anderen Städten. Offenbach muss seine Chancen endlich ergreifen und eine erfolgreiche Wirtschaftsansiedlung betreiben. Nur dann ist auch eine finanzielle Konsolidierung möglich. Fünf Jahre Erfolglosigkeit und Rückschritt sind genug.

Das wollen wir:

- **Den Wirtschaftsstandort Offenbach stärken und neue Unternehmen ansiedeln**
Offenbach bietet beste Standortbedingungen für Unternehmen: zentrale Lage, ideale Verkehrsverbindungen in alle Welt, schnelle Erreichbarkeit, gute Entwicklungsflächen und moderne, preiswerte Büroflächen. Dass Offenbach im Wettbewerb mit anderen Städten dennoch nicht erfolgreich ist, liegt vor allem an mangelnder Verlässlichkeit der Stadtspitze gegenüber der Wirtschaft. Das werden wir ändern. Unternehmen müssen endlich wieder auf Vereinbarungen und Zusagen der Stadt vertrauen können. Wirtschaftsförderung ist eine Aufgabe der gesamten Verwaltung. Wir werden deshalb im Amt für Wirtschaftsförderung ein zentrales Management einrichten, das alle notwendigen behördlichen Verfahren mit klar definierten Zielsetzungen für Stadtplanung und Bauaufsicht kompetent, effizient und verantwortlich steuert, damit Offenbach wieder zur Stadt der kurzen Genehmigungsverfahren wird.
- **Die Wirtschaft vor Ort stärken**
Genauso wichtig wie die Neuansiedlung ist die Bestandspflege der in Offenbach ansässigen Unternehmen und Betriebe. Ansiedlungs- oder ausbauwillige Unternehmen müssen durch einen zentralen städtischen Ansprechpartner unterstützt werden. Wir werden das Amt für Wirtschaftsförderung mit den entsprechenden Kompetenzen ausstatten. Darüber hinaus werden wir dafür Sorge tragen, dass Stadt und Stadtkonzern alle Möglichkeiten des Vergaberechts nutzen und gerade mittelständische Unternehmen, Freiberufler und Handwerksbetriebe aus Offenbach schon bei der Ausschreibung stärker berücksichtigt werden. Wer in Offenbach Steuern zahlt, Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, muss entsprechend unterstützt werden.
- **Keine wettbewerbsverzerrende Konkurrenz zulassen**
Die Stadt darf nicht in unfairer Konkurrenz zu lokalen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen stehen. Der Stadtkonzern und öffentliche Zuschussempfänger dürfen sich nur dann im wirtschaftlichen Wettbewerb betätigen, wenn sie Leistungen besser und wirtschaftlicher erbringen als private Anbieter, oder ein vorrangiges öffentliches Interesse besteht. Darauf werden wir sehr genau achten.
- **Den Wirtschaftsstandort Offenbach für innovative Unternehmen attraktiver machen**
Wir brauchen ein investitionsfreundliches Klima, um im Wettbewerb mit anderen Städten im Rhein-Main-Gebiet bestehen zu können. Die CDU steht neuen technischen Ideen und Entwicklungen aufgeschlossen gegenüber. Wir haben die Vision von der „Gründer- und Kreativstadt Offenbach“, die ein wichtiger Baustein für die Schaffung von Anreizen zur Ansiedlung zukunftssträchtiger und innovativer Technologien ist. Wer seine Ideen bei uns in Offenbach verwirklichen will, dem wollen wir Hilfe und Unterstützung anbieten. Wir fördern und unterstützen die Bildung von Netzwerken zwischen Offenbacher Unternehmen und der Hochschule für Gestaltung zur Entwicklung innovativer Techniken und Produkte, beispielsweise in den Bereichen „Industriedesign“ oder „Produktdesign“. Wir streben die Schaffung eines „Gründerzentrums für Handwerker“ in Kooperation mit lokalen und überregionalen Fachverbänden an.

- **Bei der Stadtplanung auf die Interessen der Wirtschaft achten**
Offenbach muss sich weiterentwickeln können. Bei der Abwägung unterschiedlicher Interessen dürfen die Bedürfnisse der Unternehmen und Betriebe nicht unter den Tisch fallen. Dies gilt insbesondere bei der Vereinbarkeit von Wohnen und Gewerbe. Wir werden darauf achten, dass die Interessen der Unternehmen hier gewahrt werden. Ein klares Bekenntnis der Stadt zu den emittierenden Betrieben, die Arbeitsplätze für alle Bevölkerungsschichten sichern, ist dringend erforderlich. Die Stadtplanung muss endlich langfristig und verlässlich klären, welche Gebiete dem emittierenden Handwerk und Gewerbe zur Verfügung gestellt werden sollen. Im Interesse kleinerer Betriebe ist es nicht ausreichend, wenn nur für die Vorhaben großer Investoren geplant wird.
- **Offenbach wieder zur attraktiven Einkaufsstadt machen**
Offenbach muss wieder zur attraktiven Einkaufsstadt werden. Die gemeinsame INGE-Initiative von IHK und Hauseigentümern ist ein guter Ansatz. Gerade Hauseigentümer und Einzelhändler in der Innenstadt müssen in ihren Aktivitäten unterstützt werden. Wir werden weiterhin das Ziel verfolgen, Straßenzüge oder Stadtviertel attraktiver zu gestalten und gemeinsam zu managen. Eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto gehört für uns ebenso zu einer Einkaufsstadt wie preiswerte Parkmöglichkeiten und attraktiv gestaltete Plätze. Eine Sperrung des Marktplatzes und des Wilhelmsplatzes mit seinen Seitenstraßen für den Individualverkehr lehnen wir ab.
- **Auf die Nahversorgung der Bürgerinnen und Bürger achten**
Der Trend zu größeren Geschäften und größeren Flächen hat sich im Lebensmittel Einzelhandel seit 2006 weiter verstärkt. Die Folge ist, dass viele kleinere Supermärkte, die die wohnungsnah Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sicherstellen, geschlossen werden. Damit einhergehende weite Wege stellen gerade für ältere und gehbehinderte Menschen ein großes Problem dar. Wir werden die Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen und frühzeitig mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, beispielsweise dem Planungsrecht, gegensteuern. In den sogenannten Cap-Märkten sehen wir ein interessantes Modell.
- **Ein gepflegtes Erscheinungsbild in der Innenstadt schaffen**
Zu einer attraktiven Einkaufsstadt gehört auch ein gepflegtes Erscheinungsbild. Deshalb werden wir eine konsequente Kontrolle der Ständerwerbung vor Ladengeschäften im öffentlichen Bereich vornehmen. Der vielfach zu beobachtende Wildwuchs muss ein Ende haben. Bei der Zulassung von sogenannten „fliegenden Händlern“ mit ihren Straßenständen werden wir auf die Einhaltung des Qualitätsniveaus achten. Bei der Außenbewirtschaftung von Gaststätten darf es hinsichtlich der Möblierung (Tische, Stühle, Schirme) zu keiner Überreglementierung kommen. Qualität ja – aber keine Einheitsmöblierung.

BILDUNG

Für alle, die mehr Zukunftschancen für unsere Kinder wollen.

Nur gute Bildung und Ausbildung ermöglicht es, wirtschaftlich wie kulturell im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Das erfordert nachhaltige Investitionen in die Ausbildung unserer Kinder und Enkel sowie eine Politik, die dem Prinzip des lebenslangen Lernens verpflichtet ist. Wir messen der Bildungspolitik in Offenbach eine hohe Priorität bei. Wir brauchen gute und modern eingerichtete Schulen, in denen jedes Kind und jeder Jugendliche die optimalen Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Begabungen und Fähigkeiten erhält. Die Aufgabe heißt „beste Bildungsqualität“. Wer noch immer Debatten über Schulstrukturen führt, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Das wollen wir:

- **Die Sanierung der Schulen weiterführen**

Das Sanierungsprogramm für die Offenbacher Schulen ist alternativlos. Wir werden es weiterführen. Die Sicherstellung der Sanierung der Schulen, die in der Sanierungsliste für den Zeitraum 2012 bis 2016 geführt werden, genießt für uns Priorität. Im Bereich des Gebäudemanagements werden wir darüber hinaus ein Modell zur effektiven Bewirtschaftung und Instandhaltung der Schulgebäude entwickeln. Mit der stadt-eigenen GBM/EEG steht ein erfahrenes Unternehmen für diese Aufgabe zur Verfügung. In weiteren Schritten streben wir eine Ausweitung auf Kindertagesstätten und andere öffentliche Gebäude an.

- **Das differenzierte Schulsystem ausbauen**

Wir bekennen uns zum Grundsatz der freien Entfaltung der Persönlichkeit auf der Grundlage der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Das differenzierte und durchlässige Schulangebot in Offenbach stellt dies sicher und ist deshalb weiter auszubauen. Wir werden den Schulentwicklungsplan den demographischen Erfordernissen anpassen. Wir unterstützen die Schulen bei der Schärfung ihres Profils, beispielsweise durch die Förderung innovativer Projekte, wie der Einführung bilingualer Zweige an Grundschulen und weiterführenden Schulen. Wir wollen einen einheitlichen Internet-Auftritt, in dem jede Schule ihre Schwerpunkte den Bürgern vorstellt und Eltern so einen besseren Überblick über das Offenbacher Bildungsangebot erhalten.

- **Ganztagsangebote weiter ausbauen und fördern**

Zu einer modernen Stadtgesellschaft gehört auch ein ausreichendes Ganztagsangebot an den Schulen. Wir wollen, dass Offenbacher Schüler die Möglichkeit haben, ein Ganztagsangebot in Anspruch zu nehmen, das ihren Bedürfnissen entspricht. Die Konzepte sind dabei auf kindgemäße Lebensrhythmen und Lernerfordernisse abzustimmen. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit von Schulen mit Vereinen und Institutionen weiter auszubauen. Dazu sollen unter anderem Nachmittagsangebote in Kooperation mit lokalen Vereinen, kirchlichen Gemeinden, freien Bildungsträgern, der Volkshochschule sowie der Jugendmusik- und der Jugendkunstschule angeboten und gefördert werden. Durch die Zusammenarbeit mit Sportvereinen soll mehr sportliche Betätigung in die Schulen gebracht werden. Bei der Mittagsverpflegung ist darauf zu achten, dass die angebotenen Mahlzeiten dem Grundsatz der gesunden und ausgewogenen Ernährung gerecht werden. Politisch und ideologisch motivierte Vorgaben für Speisepläne lehnen wir ab.

- **Bildung von Anfang an fördern**

Wir wollen die Lernpotentiale aller Kinder von Anfang an besser ausschöpfen. Deswegen müssen Bildung und Erziehung stärker verzahnt und unterschiedliche Bildungsabschnitte besser miteinander verknüpft werden. Hier sind aber insbesondere auch die Eltern in der Pflicht, durch eigenes Engagement die Förderung ihrer Kinder bestmöglich zu unterstützen. Gemeinsames Ziel muss sein, einen möglichst einheitlichen Bildungsstand der Kinder beim Eintritt in die Grundschule schon im Kindergarten zu erreichen. Besonderer Förderbedarf, wie etwa der Ausgleich sprachlicher Defizite von Vorschulkindern, muss frühzeitig erkannt und gedeckt werden. Dazu ist ein umfassendes Konzept für die kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen erforderlich: Ein solcher „Bildungsplan 0-10“ stärkt die soziale Kompetenz, verbessert die Sprachfähigkeiten, fördert den Erwerb kognitiver Fähigkeiten und unterstützt individuelle Entwicklungen. Er definiert auch Leitlinien zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und von sozial benachteiligten Kindern. Wir werden einen solchen „Offenbacher Bildungsplan 0-10“ analog des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans erstellen und danach handeln.

- **Eine Stärkung des Berufsschulstandortes Offenbach**

Die Qualität der Berufsschule ist entscheidend für eine erfolgreiche Ausbildung im dualen System. Durch die wirtschaftlichen Veränderungen wächst die Bedeutung der Berufsschulen. Deshalb streben wir eine Stärkung des Berufsschulstandortes Offenbach an. Wir wollen, dass auch weiterhin eine moderne Berufsschulbildung mit zukunftsorientierten Berufsfeldern in Offenbach geboten werden kann. Wir unterstützen das Streben der Offenbacher Berufsschulen nach Anerkennung als Exzellenzstandort für einzelne Berufe. Wir wollen eine kooperative Abstimmung mit benachbarten Schulträgern, insbesondere dem Landkreis Offenbach sowie der IHK und der Kreishandwerkerschaft.

- **Die Schulpflicht gewährleisten**

Die Stadt muss darauf hinwirken, dass Lehrer, Schulamt und Ordnungsbehörde in Zusammenarbeit mit den Eltern die Einhaltung der Schulpflicht gewährleisten. Schulschwänzen muss konsequent unterbunden werden, notfalls sind ordnungsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen und auch durchzusetzen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die eklatanten Fehlzeiten insbesondere in der Sekundarstufe I sinken. Die beim Ordnungsamt angesiedelten Kräfte werden mit der Aufgabe betraut, zu kontrollieren und zu sanktionieren. Notorische Schulschwänzer konterkarieren unsere Bildungsinvestitionen und belasten die Stadtkasse – das werden wir nicht weiter dulden. Hier gilt es, auch die Möglichkeit der Verhängung und Beitreibung von Bußgeldern konsequent zu nutzen. Das Jugendamt muss dabei die Ordnungsbehörden unterstützen.

- **Einheitliche Schulkleidung unterstützen**

Die Identifikation der Schüler mit ihrer Schule kann mit der erfolgreichen Einführung von einheitlicher Schulkleidung gesteigert werden. Auch einer sozialen Ausgrenzung einzelner Schüler kann dadurch entgegen gewirkt werden. Wir setzen uns für eine einheitliche Schulkleidung für Schüler und Lehrer, die natürlich für jede Schule individuell sein muss, ein und unterstützen und fördern entsprechende Initiativen der Schulgemeinden.

- **Keine Verkleinerung des Schulhofes der Beethovenschule**
Die geplante Verkleinerung des Schulhofes der Beethovenschule lehnen wir ab. Gerade Grundschulkindern brauchen ausreichenden Platz zum Herumtoben und Bewegen in den Pausen.
- **Die Bildung Erwachsener weiter ausbauen und fördern**
Wir werden einen Schwerpunkt in der Erwachsenenbildung an der Volkshochschule auf Angebote legen, die der beruflichen Weiterbildung und/oder der Integration dienen. Die Schaffung und Förderung dieser Angebote ist in Offenbach dringend notwendig. Hier werden wir eine Abstimmung mit den Anbietern privater Träger und der IHK vornehmen.
- **Lebenslanges Lernen unterstützen**
Das selbständige Lernen der Bürger, sei es im Selbstlernzentrum oder durch online gestützte Verfahren, ist ein wichtiger Baustein zum lebenslangen Lernen von Erwachsenen in Offenbach. Bildungsberatung muss sich am Ziel der Arbeitsmarktfähigkeit orientieren und weiterführen, da bei ständiger Fort- und Weiterbildung die Arbeitnehmer zukünftig ein ganzes Portfolio von Abschlüssen und Zertifikaten erwerben werden. Es ist weniger die Dauer der Ausbildung oder der formale Ort an dem der Abschluss erworben wurde, von Interesse. Wichtig sind vielmehr die Berufswertigkeit des Abschlusses und der von jedem Einzelnen während der Ausbildung erworbene Mehrwert an Kompetenz, Wissen und Fähigkeit. Das Umdenken weg von der abschließenden Prüfung hin zum Weg des „Lebenslangen Lernens“ muss auch im kommunalen Bildungsbereich stärker in den Vordergrund treten.
- **Außerschulische Lernorte**
Die Bedeutung des sogenannten non-formalen Lernens wird in der Bildungsbiographie immer bedeutender. Wir setzen uns für die weitere Förderung und Vernetzung der Schulen mit den außerschulischen Lernorten in Vereinen und Jugendeinrichtungen ein. Besonders im Fokus der Ganztagschulentwicklung ist es Kindern und Jugendlichen weiter zu ermöglichen, auch außerhalb der Schule wichtige Kompetenzen zu erwerben. Daneben bieten außerschulische Lernorte durch die Gemeinschaft mit Vereinen und den sozialen Zusammenhalt einen wichtigen Beitrag zum sozialen Leben und Erleben unserer Stadt.

BÜRGERBETEILIGUNG UND MODERNE VERWALTUNG

Eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung zeichnet sich durch schnelle, flexible und effektive Dienstleistungen aus. Die Verwaltung ist für den Bürger da und nicht umgekehrt. Verwaltungsvorgänge sind so zu gestalten, dass die Ämter gezielt und effektiv auf die Belange des Bürgers eingehen. Die Verwaltung muss die Sprache der Bürger sprechen – und sie muss die Bürger verstärkt in Entwicklungs- und Diskussionsprozesse einbinden.

Das wollen wir:

- **Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung**
Eine moderne Stadtpolitik und effizientes Verwaltungshandeln zeichnen sich durch Transparenz und Offenheit aus. Offenbach hat hier großen Nachholbedarf. Wir wollen die Stadt gemeinsam im intensiven Dialog mit den Bürgern aller Generationen weiter entwickeln. Auch die modernen Medien bieten viele neue Möglichkeiten für eine intensive Einbindung der Bürger. Das Feld ist weit, wir wollen es angehen und auch hier einen anderen Stil pflegen.
- **Eine moderne Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung**
Im medialen Zeitalter spielt das Internet eine immer wichtigere Rolle. Es ermöglicht eine schnelle und reibungslose Kommunikation zwischen Bürgern und der Stadtverwaltung. Neben einer umfassenden Information und Präsentation der Stadt und allen gesellschaftlich relevanten Themen und Gruppierungen gilt es, auch die Antragsbearbeitung an den neuesten verwaltungsrechtlichen Vorgaben auszurichten und anzubieten. Die Verwaltung benötigt eine umfassende IT-Strategie.
- **Ein verantwortliches Beschwerdemanagement**
Wir werden eine Neuorganisation des Beschwerdemanagements mit zentraler Koordinierungs- und Kontrollfunktion sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die SOH-Gesellschaften im Rathaus schaffen. Ungeachtet der zahlreichen sinnvollen und effizienten Ausgliederungen von Dienstleistungen bleibt die Gesamtverantwortung dafür beim „Hauptgesellschafter“ im Rathaus. Der Bürger hat ein Anrecht auf einen zentralen und verantwortlichen Ansprechpartner. Die Floskel „...da sind wir aber nicht zuständig, wenden Sie sich bitte an die xy-Gesellschaft...“ wird es mit uns nicht mehr geben. Beschwerdeannahme, Weitergabe und Abwicklung werden bei der Stadtverwaltung organisiert und kontrolliert.
- **Dienstleistung Stadtverwaltung**
Die Stadtverwaltung muss noch stärker zu einem Dienstleistungsbetrieb umgebaut werden. Dazu gehört die konsequente Ausrichtung auf den Bürger als Kunden und eine effizientere Struktur von Ämtern und Behörden. Wir werden eine kritische Überprüfung von Vorschriften und Regelungen vornehmen. Unnütze Regelungen sollen ersatzlos entfallen.
- **Engagierte und motivierte Mitarbeiter in der Stadtverwaltung**
Wir werden einen anderen Stil in der Zusammenarbeit mit den Bediensteten pflegen und die Zeiten des „von oben nach unten“ beenden. Leistung muss sich auch künftig lohnen und getroffene Absprachen müssen Geltung haben. Notwendige Veränderungen werden wir im intensiven Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vornehmen. Alle städtischen Bediensteten können davon ausgehen, dass sie leistungsgerecht entlohnt werden. Eine „Degradierung“ von weit über 100 Personen wird es mit uns nicht geben. Der Mensch, ist die wichtigste Ressource der öffentlichen Verwaltung. Wir brauchen im Rathaus motiviertes, gut ausgebildetes Personal, das sich mit seiner Stadt identifiziert und wieder Vertrauen in die politisch Verantwortlichen fasst.

FINANZEN

Die Stadt Offenbach kämpft mehr denn je finanziell um ihr Überleben. Der Schuldenstand ist auf dem Papier zwar annähernd gleich geblieben, doch gerade seit 2006 hat die Stadt die Kassenkredite enorm in die Höhe getrieben. Mehr als 380 Millionen Euro ist das „Girokonto“ der Stadt am Jahresende 2010 überzogen. Insgesamt drückt Offenbach ein Defizit von annähernd 600 Millionen Euro. Der Haushalt der Stadt ist in einer dramatischen Schieflage. So kann es nicht weitergehen, geordnete finanzielle Verhältnisse bilden die Grundlage für eine solide und soziale Politik. Alles, was die Kommunalpolitik gestalten will, muss auch finanzierbar sein.

Das wollen wir:

- **Eine stringente Haushaltskonsolidierungspolitik**

Haushaltskonsolidierung muss wieder ein Ziel der Kommunalpolitik sein, nicht nur ein Lippenbekenntnis. Alle Ausgaben müssen deshalb überprüft werden, ob sie tatsächlich und in der Höhe notwendig sind. Freiwillige Leistungen, d.h. Ausgaben, für die es keine gesetzliche Notwendigkeit gibt, sind auf ihre Zielwirksamkeit hin zu untersuchen. Ausgaben dürfen nicht getätigt werden, wenn der Hauptgrund lediglich in der Mitfinanzierung anderer Zuschussgeber liegt, ohne die Sinnhaftigkeit der Maßnahme (Stichwort „Klimapfad am Main“) und die Folgekosten zu berücksichtigen. Bei den Investitionen werden wir nach einer Prioritätenliste verfahren. Diese Priorisierungen werden wir den Bürgern begründen. Das steigert die Akzeptanz, wenn andere wünschenswerte Vorhaben zunächst verschoben werden müssen oder gar nicht getätigt werden können. Ehrlichkeit und Transparenz bei der Argumentation sind uns wichtiger als Klientelpolitik.

- **Klare Maßstäbe für städtische Zuschüsse setzen**

Wir wollen städtische Subventionen auf eine neue Grundlage stellen: wo die Stadt Zuschüsse gibt, sind Leistungsbudgets und klar umrissene Fördervereinbarungen festzulegen. Der effiziente Einsatz dieser Gelder ist durch ein wirksames Controlling als strategisches und operatives Steuerungsinstrument sicherzustellen. Werden Leistungen nicht im vereinbarten Rahmen oder nicht mit dem gewünschten Erfolg erbracht, sind Zuschüsse künftig zu reduzieren, umzuverteilen oder in letzter Konsequenz auch ganz zu streichen. Gleiche Angebote durch unterschiedliche Träger werden überprüft und Auftragsvergaben nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen.

- **Priorität für Bildung und Infrastruktur**

Investitionen in Bildung und Infrastruktur haben für uns absolute Priorität: Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen, andere kommunale Gebäude sowie die Straßen. Ein Verlust an Bausubstanz vermindert städtisches Vermögen und führt schließlich zu deutlich höheren Kosten bei Renovierungen oder Grundsanierungen. Es gilt der Grundsatz: Instandhaltung geht vor Neubau.

- **Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit**

Die Zusammenarbeit bei ausgewählten Aufgaben über die Stadtgrenzen hinweg eröffnet Synergiepotentiale ohne Leistungsverringerung. Das zeigen viele positive Beispiele in Hessen, aber auch die Kooperation der Stadt mit dem Landkreis Offenbach im Bereich der August-Bebel-Schule. Wir wollen die so genannte „interkommunale Zusammenarbeit“ verstärkt angehen. Hierzu werden wir insbesondere mit dem Landkreis Offenbach intensiv das Gespräch suchen.

- **Kommunale Aufgabenwahrnehmung überprüfen**

Angesichts der Haushaltslage Offenbachs muss sich die Stadt auf die nachhaltige Daseinsvorsorge für die Bürger konzentrieren. Die zurzeit von der Stadt wahrgenommenen Aufgaben sind deshalb daraufhin zu prüfen, ob sie diesem Kernauftrag dienen. Wir werden diese Aufgabenprüfung ergebnisoffen vornehmen. Oft können öffentlich wahrgenommene Aufgaben durch private Anbieter günstiger erbracht werden. Wir werden die Verwaltung dann ggfs. verschlanken und uns auf die Erbringung hoheitlicher Pflichtleistungen konzentrieren.

- **Die konsequente Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs**

Jeder, der Hilfe braucht, muss diese auch bekommen. Es ist aber nicht vertretbar, wenn über das gesetzliche Mindestmaß hinaus Sozialhilfeleistungen gewährt werden, ohne dass seitens der Hilfebezieher eine Gegenleistung erbracht wird. Wir werden deshalb diese Ausgaben besonders intensiv überprüfen. Wir werden den Ermittlungsdienst verstärken, damit zu Unrecht gezahlte Sozialleistungen zurückgefordert werden können. Jeder Missbrauch muss künftig juristisch geahndet werden.

- **Die Verhinderung von Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme**

Die Finanzsituation der Stadt lässt keine weitere Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme zu. Um eine Verbesserung der Sozialstruktur auch tatsächlich erreichen zu können, müssen die Instrumente des Zuwanderungsgesetzes und des Ausländerrechts in Offenbach konsequent umgesetzt werden. Im Rahmen der anstehenden Volkszählung müssen für Offenbach sinnvolle Parameter definiert werden. So gilt es anhand des Melderechts zu überprüfen, inwieweit Missbrauch durch Untervermietung ohne Meldung erfolgt, auch eine Überprüfung der Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt über die gemeldeten Personen und die Anzahl der Wohnungen in einzelnen Häusern muss es geben (z.B. Einfamilienhaus mit 15 Mietparteien und 60 Personen).

INTEGRATION

Wir bekennen uns zur Integration als einem der wichtigsten kommunalpolitischen Handlungsfelder in Offenbach. Ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen, weil viele Teilbereiche des Lebens unserer Stadt betroffen sind. Der demographische Wandel ist unumkehrbar und der Anteil der Migranten an der Stadtbevölkerung wird sich weiter erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist die Kommunalpolitik aufgefordert, die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Zusammenleben alteingesessener und zugewanderter Offenbacher zu ermöglichen.

Integration von Einwanderern und den schon länger in Offenbach wohnenden Bürgern erfolgt nicht von alleine. Dieser Prozess erfordert einerseits den Willen aller beteiligten Bürger, aufeinander zuzugehen und gemeinsam die Stadtgesellschaft weiter zu entwickeln, andererseits ist eine intelligente und aktive Steuerung durch die Stadt unabdingbar.

Das wollen wir:

- **Kulturelle Annäherung und Vertrauen schaffen**
Das im interkulturellen Kontakt zunächst wechselseitig empfundene „Fremdartige“ muss in Gesprächen und Handlungen durch gegenseitiges Verstehen und gemeinsame Aktivitäten ersetzt werden. Diesen Dialog muss die Stadt moderieren. Den Rahmen für das Zusammenwachsen der Kulturen bildet die freiheitlich demokratische Werteorientierung, wie sie im Grundgesetz beschrieben ist. Dies hat die Stadt stets zu verdeutlichen.
- **Die Bildung von Parallelgesellschaften verhindern**
Eine bewusste Abgrenzung von den Grundwerten der christlich-abendländischen Gesellschaft in einzelnen Zuwandererkreisen und die Bildung von Parallelgesellschaften (Ghettobildung) verhindern den Prozess der Integration. Solche Fehlentwicklungen und Problemlagen müssen offen angesprochen und thematisiert werden. Solchen Tendenzen muss die Stadt mit aktiver Wohn- und Sozialpolitik gegensteuern.
- **Fehlverhalten sanktionieren**
Bewusste Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften (Schulpflicht, Gleichberechtigungsgesetz, Zwangsheiraten, Erschleichung von Sozialleistungen, Jugendkriminalität, usw.) müssen von der Stadt mit hoher Priorität wahrgenommen und sanktioniert werden. Sie stören den Prozess der Integration nachhaltig und behindern die Bemühungen der integrationsbereiten Bevölkerung.
- **Die Integrationsbereitschaft von Migranten durch Bildungs- und Beratungsangebote unterstützen**
Ein Gesamtkonzept für Bildung in Offenbach, unter Einbezug der schulischen Förderangebote ist zu entwickeln, mit spezieller Berücksichtigung des Deutschlernprozesses breiter Bevölkerungsschichten.

- **Unkontrollierte Zuwanderung zur Inanspruchnahme der Sozialsystem stoppen**
Zuwanderung nach Offenbach muss von der Stadt genau betrachtet und die Zahlen sollen durch einen jährlichen Zuwanderungsbericht offen gelegt werden. Dabei sollen die Bemühungen der Verwaltung beschrieben werden. Zuzug, der vorwiegend oder ausschließlich aus Gründen der Inanspruchnahme der Sozialsysteme in Offenbach geschieht, ist aufzulisten und Maßnahmen gegen diesen unkontrollierten Zuzug aufgezeigt werden.
- **Aktive Integration durch ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen**
Integration ist ohne ehrenamtliche Tätigkeit von Deutschen und Zuwanderern in Offenbach nicht vorstellbar. Diese ehrenamtliche Tätigkeit, die weitgehend unter dem Dach Offenbacher Vereine stattfindet, ist von der Stadt zu fördern. Vereine, die aktive Integrationsvorhaben durchführen, sind vorrangig zu fördern. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtausländerbeirat muss verstärkt werden.
- **Einrichtung eines kommunalen Integrationsbeirates**
Integration ist eine dynamische Entwicklung. Viele gut gemeinte integrative Maßnahmen, Angebote und Initiativen müssen daher laufend auf ihre Erfolgsaussichten überprüft werden. Mit der Einrichtung eines Runden Tisches oder eines kommunalen „Integrationsbeirates“ können Integrationsmaßnahmen auf ihre Erfolge und Akzeptanz hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Durch eine permanente Evaluierung des Integrationsprozesses können erfolgreiche Projekte weitergeführt und untaugliche Maßnahmen sowie Fehlentwicklungen beendet werden. Die Politik muss dazu klare Aufgaben und Ziele definieren.
- **Integration als gesamtgesellschaftliche und städtische Kernaufgabe**
Integration ist eine alternativlose Herausforderung an die gesamte Bevölkerung und muss daher im Fokus aller gesellschaftlichen und politischen Anstrengungen stehen. Die bewusste Wahrnehmung der Integrationsbemühungen und ihre permanente Kontrolle und Überprüfung sind eine notwendige und dauerhaft zu leistende Aufgabe. Die Stadtverwaltung muss künftig so organisiert werden, dass dem Thema Integration ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird. Der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung soll daher der Bedeutung des Themas für Offenbach entsprechend künftig „Integrations- und Sozialausschuss“ heißen.

STADTENTWICKLUNG

Die städtebauliche Konzeption, die Infrastruktur und das äußere Bild sind die Visitenkarte einer Stadt. Wir müssen nachhaltig die Stärken unserer Stadt entwickeln und Defizite beseitigen. Der demographische Wandel muss bei der Stadtentwicklung verstärkt berücksichtigt werden.

Das wollen wir:

- **Ein zukunftsorientiertes und nachhaltig entwickeltes Offenbach.**

Stadtplanung in Offenbach muss transparenter werden. Die unterschiedlichen Interessen müssen besser und vor allem einvernehmlich koordiniert werden. Offenbach benötigt dringend ein stringentes Konzept und ein politisches Leitbild. Leben, Wohnen, Arbeit, Bildung, Energie, Verkehr, Einkaufen, Kultur, Natur, Sport, Freizeit – all das und noch viel mehr gilt es in einem nachhaltigen Stadtentwicklungskonzept „OF 2025“ miteinander zu verbinden. Wir wollen ein solches Zukunftskonzept ohne ideologische Scheuklappen entwickeln – transparent und gemeinsam mit den Bürgern.

- **Gestaltungslinien**

So wichtig wie Einzellösungen sind, so notwendig ist auch ein städteplanerisches Gesamtkonzept, um sowohl Eigentümern als auch Investoren und Planern eine Leitlinie an die Hand zu geben, in welcher Form sich die Stadt weiterentwickeln soll. Hinsichtlich der geringen finanziellen Möglichkeiten muss umso mehr Wert darauf gelegt werden, bestehende Strukturen zu optimieren und aufeinander abzustimmen. Es geht um die wirtschaftlich sinnvolle und nachhaltige Verknüpfung vorhandener Potentiale.

Hierzu sind Stadtteile und, Stadtbereiche zu analysieren, hinsichtlich Ihrer Eigenschaften/ Funktionen zu bewerten und erst dann Förderungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind zu entsprechenden bereichsbezogenen Gestaltungsleitlinien zu formulieren und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Die CDU wird dies tun.

Bebauungspläne sind zukünftig hinsichtlich dieses Konzeptes zu überprüfen und unterzuordnen. Ausnahmen sind dementsprechend zu begründen.

- **Eine attraktive Einkaufs-Innenstadt.**

In Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel, den Gewerbetreibenden und den Hauseigentümern werden wir dazu ein gemeinsam getragenes Konzept entwickeln. Ziel sind ein besseres Niveau der angebotenen Waren, die Begrenzung der Innenstadt-feste auf ausgesuchte und niveauvolle Veranstaltungen, sowie die im Interesse der Käufer und des Einzelhandels liegende konsequente Einhaltung der Andienungs- und Aufbauzeiten. Mit der gemeinsamen INGE-Initiative von IHK und Hauseigentümern ist ein guter Ansatz gemacht. Gerade Hauseigentümer und Einzelhändler in der Innenstadt müssen in ihren Aktivitäten unterstützt werden. Große Liegenschaften wie das ehemalige Kinocenter in der Großen Marktstraße sind in Absprache mit den Eigentümern gezielt zu entwickeln. Hierzu gehören auch die Neugestaltung der Kaiserstraße sowie eine Modernisierung von Stadthof und Marktplatz.

- Flächen für Wirtschaft und Gewerbe konsequent entwickeln**
 Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung benötigt attraktive Flächen. Offenbach verfügt über ein erhebliches Potential: Kaiserlei-Gebiet, die Freiflächen am ehemaligen KWU-Gelände an der Berliner Straße, das Allessa-Gelände, die südliche Sprendlinger Landstraße oder auch Bieber-Waldhof. Wir werden die Entwicklung dort zielgerichtet und koordiniert vorantreiben.
- Flächen für attraktiven Haus- und Wohnungsbau schaffen**
 Wer die Stadtstruktur nachhaltig verändern will, der muss den Bürgern attraktive Angebote machen können. Dies gilt insbesondere für gehobene Ansprüche. Großen Nachholbedarf hat Offenbach im Bereich höherwertiger und freistehender Einfamilienhäuser. Deshalb werden wir neue Baugebiete als sinnvolle Arrondierungen attraktiver Wohnlagen ausweisen. Sofern bestehende Bebauungspläne für Baugebiete wie Bürgel-Ost geändert werden müssen, werden wir dies tun. Auch das Baugebiet Bieber-Nord bleibt auf der Tagesordnung. Gleichzeitig gibt es Brachflächen und sanierungsbedürftige Gebäude in der Offenbacher Innenstadt, deren Nutzung die Qualität bestehender Wohngebiete steigern und dabei helfen würde, die Attraktivität der Innenstadt zu heben. Auch dies wollen wir gemeinsam mit Eigentümern und Immobilieninvestoren vorantreiben. Die begrenzten Grünflächen sollten durch adäquate Erschließung und Pflege als Naherholungsgebiete dienen und soweit möglich vor Versiegelung geschützt werden.
- Baugenehmigungsverfahren deutlich beschleunigen**
 Offenbach muss wieder die Stadt der schnellen Baugenehmigungsverfahren werden. Die Bauverwaltung muss sich deutlich mehr als Dienstleister denn als Verwaltung betrachten und dementsprechend handeln. Im täglichen Verfahren erleben die Bürger die Bauverwaltung mehr als „Bauverhinderungsbüro“ denn als „Baubüro“. Deshalb sollte die Überreglementierung im Bereich von Stadtplanung und Bauaufsicht einer sinnvollen Ausschöpfung der vorhandenen Ermessensspielräume weichen. Grundsatz muss künftig sein: „Genehmigt wird das, was der Gesetzgeber nicht verbietet.“ Was genehmigungsfähig ist, entscheidet sich dabei nicht anhand der ästhetischen Beurteilung eines Verwaltungsbeamten, sondern durch rechtliche und politische Vorgaben.
- Neuen öffentlich geförderten Wohnungsbau ermöglichen**
 Wir sagen Ja zu einem öffentlich geförderten Wohnungsbau. Allerdings kann dies im Hinblick auf die Stadtstruktur nur in kleineren und überschaubaren Einheiten, an ausgewählten Standorten, sowie im Wege der mittelbaren Belegung erfolgen. Das Belegungsrecht muss zudem immer bei der Stadt Offenbach liegen. Große Sozialwohnungsblöcke, wie auf dem MAN-Roland-Gelände an der Christian-Pleiß-Straße vorgesehen, lehnen wir ab. Neue Projekte für öffentlich geförderten Wohnungsbau sind zuerst mit der stadteigenen Gesellschaft GBO zu besprechen.

- **Mehrgenerationen-Wohnen fördern**
Wir unterstützen Vorhaben, die ein Mehrgenerationen-Wohnen zum Ziel haben. Das gewollte Zusammenleben unterschiedlicher Generationen in eigenen Wohnungen und doch in einer engen Gemeinschaft bietet viele Vorteile: Es gibt älteren Menschen Sicherheit für ein deutlich längeres Leben in Selbstbestimmung und Familien profitieren in aller Regel durch die erweiterten Betreuungsmöglichkeiten und gegenseitige Hilfe. Wir werden gemeinsam mit den in Offenbach ansässigen Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeiten prüfen, weitere Mehrgenerationen-Projekte in unserer Stadt zu realisieren.
- **Quartiere weiterentwickeln**
Wir werden die begonnenen Projekte der Quartiers-Entwicklung weiter fortführen. Darüber hinaus streben wir die Aufwertung weiterer Quartiere an. Bürgerinitiativen wie in der östlichen Innenstadt, im Nordend, in Tempelsee oder in Bieber, Bürgel und Rumpenheim wollen wir dabei unterstützen ihre Projekte und Vorhaben eigenverantwortlich zu organisieren. Sofern gewünscht, steht die Stadt als Partner bereit.
- **Bieber, Bürgel, Rumpenheim, Waldheim und Tempelsee in ihrer Charakteristik stärken und weiterentwickeln**
Wir werden Bürgel, Bieber, Rumpenheim und Waldheim gemeinsam mit den Institutionen und Interessensvertretern vor Ort weiter entwickeln, damit unsere Vororte weiterhin lebens- und liebenswert bleiben. Dies gilt insbesondere für die Ortskerne. Am Bieberer Ostendplatz wird es mit uns keine Wohnbebauung auf dem EVO-Gelände geben.
- **Keine weitere Bebauung des Buchhügels**
Die wenigen Freiräume und Naherholungsgebiete Offenbachs müssen gepflegt und geschützt werden. Deshalb wird die CDU den Buchhügel nicht weiter bebauen, sondern in seiner Funktion als ökologisch überaus bedeutsames Naherholungsgebiet und Frischluftschneise erhalten.
- **Den geschichtlichen Bezug wieder herstellen**
Historische Gebäude verschönern das Stadtbild und sind ein Stück Offenbacher Geschichte, die wir erhalten wollen. Die CDU wird sich für die Verbesserung der Sichtbarkeit und Erhaltung Offenbacher Denkmäler und besonderer Grabmäler sowie für die Erhaltung von Kunst am Bau, kunstvollen Zäunen und Kleinbauten einsetzen. Hierzu werden wir ein entsprechendes Kataster erstellen. In Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden, dem Denkmalbeirat sowie den Immobilieneigentümern wollen wir zu einer Konzentration auf wirklich schützenswerte Objekte kommen. Alle Eigentümer denkmalgeschützter Gebäude werden darüber informiert. Bevor ein Objekt unter Denkmalschutz gestellt wird, ist zukünftig der Eigentümer anzuhören.
- **Das Freizeit- und Sportangebot ausbauen**
Zu einem attraktiven Wohnstandort gehören auch attraktive Freizeit- und Sportangebote. Aus diesem Grund werden wir die Errichtung eines öffentlichen, aber privat finanzierten Neun-Loch-Golfplatzes mit Übungsflächen unterstützen. Der Ausbau des Sportzentrums Wiener-Ring für weitere Sportarten ist ebenso zu diskutieren wie eine Sanierung und Modernisierung des Sportzentrums Rosenhöhe.

MOBILITÄT UND VERKEHR

Eine moderne Verkehrspolitik fördert alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und bringt Mobilität und Umweltschutz in Einklang. Ideologische Scheuklappen oder „Feindbilder“ sind kontraproduktiv.

Das wollen wir:

- **Verbesserung der Parkmöglichkeiten**

Offenbach muss als Einkaufsstadt attraktiver werden. Dazu gehört auch ausreichender und in den Dimensionen moderner Fahrzeuge entsprechender Parkraum in der Innenstadt. Das bestehende Parkraumkonzept muss ebenso umgesetzt werden, wie die Erstellung eines Konzeptes für Park- & Rideplätze. Die Stellplatzablässe muss auch für Ersatzparkplätze verwendet werden. Die Parkgebühren sind so festzusetzen und zu staffeln, dass sie den Einkaufsstandort Innenstadt stärken. Wir werden prüfen, ob in den hoch verdichteten innerstädtischen Stadtbezirken der dringend nötige Parkraum für die Anwohner durch Quartiersgaragen geschaffen werden kann.

- **Kostenfreies Kurzparken / Brötchentaste**

Die so genannte „Brötchentaste“ ist ein Erfolg. Sie wird deshalb in der Innenstadt ausgeweitet und das kostenfreie Parken zur Erledigung von Kurzeinkäufen auf grundsätzlich 30 Minuten verlängert. Die Bewerbung dieser attraktiven Einkaufsmaßnahme wird verstärkt.

- **Den öffentlichen Personennahverkehr stärken**

Um attraktiv zu sein, muss der öffentliche Personennahverkehr schnell und sauber, bequem und leistungsfähig sein – und das zu vernünftigen Preisen. Deshalb wollen wir eine Neuordnung der Tarifzonen im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV), verbunden mit einer entfernungsabhängigen Preisgestaltung im Bus- und S-Bahn-Verkehr. Wir wollen, dass in Offenbach zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Zusammenarbeit mit dem RMV der „elektronische Fahrschein“ eingeführt wird. Wer mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt, zahlt dann künftig nur noch für die tatsächlich gefahrene Strecke. Damit werden Bus und S-Bahn in vielen Fällen preiswerter und attraktiver.

Die anerkannt nutzerfreundlichen Standards des Offenbacher Nahverkehrs werden wir weiter fördern und ausbauen, insbesondere im Hinblick auf Pünktlichkeit und Vernetzung. Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, Konzepte zu prüfen, die den Zugang zu den Haltestellen des S-Bahn-Netzes nur mit einem gültigen Fahrschein ermöglichen. So kann sowohl die Schwarzfahrerquote als auch das Risiko von Vandalismus und Kriminalität gesenkt werden.

Wir setzen uns ein für die Schaffung einer S-Bahn-Haltestelle im Bereich Waldheim/MAN-Roland.

- **Den Ausbau des Radwegenetzes im Einklang mit anderen Verkehrsarten**

Wir wollen den Radverkehr fördern. Dies soll im Einklang mit anderen Verkehrsmitteln erfolgen. Durch den Ausbau des Radwegenetzes werden Straßen entlastet und Platz für den notwendigen Wirtschaftsverkehr geschaffen. Das bestehende Radwegenetz soll deshalb sinnvoll ergänzt werden. Es muss darüber hinaus angemessen erhalten und gepflegt werden.

- **Tempo-30-Zonen überprüfen**
Wir halten Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Kindergärten, Schulen und ähnlichen Einrichtungen für sinnvoll. Ideologisch geprägte Tempo-30-Zonen sind jedoch kontraproduktiv: die mit einer Tempo-30-Zone unweigerlich eingeführte „Rechts vor Links“-Straßenführung ist nicht nur dem Verkehrsfluss schädlich, sondern lässt auch durch ständiges Bremsen und Anfahren den wichtigen Umweltaspekt vermissen. Anfahrende Fahrzeuge sind lauter und verbrauchen mehr Kraftstoff als im rollenden Betrieb. Verkehrsteilnehmer sind oft mit dem „Rechts vor Links“-Prinzip überfordert, was zu unnötigen Behinderungen führt. Eine Überprüfung der 17 bestehenden Tempo-30-Zonen auf ihre Effektivität erachten wir deshalb als wichtig.
- **Die direkte Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer**
Die Erreichbarkeit der Innenstadt aus allen Richtungen und den Stadtteilen muss für alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen gewährleistet sein. Offenbach hat eine seiner Einwohnerzahl angemessene Fußgängerzone. Es gilt die Verkehrsströme insbesondere im Bereich Marktplatz/Wilhelmsplatz besser zu organisieren. Einen autofreien Marktplatz sowie Wilhelmsplatz mit seinen Seitenstraßen lehnen wir ab.
- **Verbesserung des Verkehrsflusses**
Ein reibungsfrei fließender Verkehr stärkt nicht nur die Mobilität in der Stadt, er entlastet zudem die Umwelt und die Anwohner. Deshalb wollen wir nicht unbedingt notwendige Ampeln durch Bedarfsampeln ersetzen und den „Grünen Pfeil“ umfassender zum Einsatz bringen. Mit einer Ergänzung der Berliner Straße Höhe Parkdeck Bahnhofstraße um eine Abbiegespur rechts in die Kaiserstraße werden wir dem unnötigen Rückstau entgegenwirken. Für eine effizientere Verkehrslenkung bei überörtlichen Großveranstaltungen in Offenbach muss Sorge getragen werden.
- **Lärmschutz für Anwohner von Durchgangsstraßen**
Gerade die Anwohner der Rhönstraße und des südlichen Rings leiden, insbesondere nachts, unter dem Schwerlastverkehr. Durch eine Tempo-40-Regelung in den Nachtstunden werden wir hier für Entlastung sorgen. Gleiches gilt für die Anwohner des Nordrings, der Mainstraße, der Arthur-Zitscher-Straße und der Sprendlinger Landstraße. Auf der Rhönstraße und der Unteren Grenzstraße bis zur Bahnunterführung wollen wir durch einen Modellversuch mit dem Land Hessen den Einsatz von sogenanntem Flüsterasphalt erproben.
- **Den Ausbau des Mainzer Rings bis zur Mainstraße**
Der Mainzer Ring muss bis zur Mainstraße weitergeführt werden. Nur mit einem vollständigen Ausbau des Mainzer Rings ist die dringend notwendige dauerhafte Entlastung Bürgels vom Durchgangsverkehr zu erreichen. Dabei werden wir die Interessen des Einzelhandels in Bürgel im Auge behalten.
- **Instandsetzung und Instandhaltung der Straßen**
Alle wichtigen innerörtlichen Verbindungsstraßen müssen zeitnah instand gesetzt und instand gehalten werden. Regelmäßige Straßen- und Gehwegkontrollen müssen intensiviert werden. Provisorische Ausbesserungsarbeiten, wie sie derzeit in Offenbach üblich sind, haben nur eine kurze Lebensdauer und sind deshalb auf lange Sicht teurer als eine ordentliche Sanierung.

- **Unterstützung und Ausbau der Elektromobilität**

Nachdem Offenbach als Sitz der Leitstelle E-Mobilität in herausgehobene Stellung gebracht wurde, muss diese Position mit Leben gefüllt werden. Im Einsatz von Elektrofahrzeugen sehen wir eine interessante mögliche Form der Mobilität der Zukunft. Künftige Infrastruktur- und Baumaßnahmen sind auf eine Vereinbarkeit mit der Nutzbarmachung und Energieversorgung elektrisch betriebener Fahrzeuge zu prüfen. Aus einem Titel muss hier eine sinnvolle und Nutzen bringende Vorreiterrolle werden, die sich auch in der zukünftigen besonderen Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und der Einkaufsstadt Offenbach bemerkbar macht. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Offenbach auf diese Mobilitätsform entsprechend einstellt und die entsprechenden Rahmenbedingungen wie E-Tankstellen in der Stadt- und Verkehrsplanung ebenso berücksichtigt wie bei der Sanierung von Verkehrsbauwerken wie beispielsweise der Rathaus-Tiefgarage.

SICHERHEIT UND SAUBERKEIT

Die kommunale Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass die Straßen, Plätze und Grünanlagen in Offenbach sichere Freiräume für die Bürgerinnen und Bürger sind. Dies zu gewährleisten ist Pflicht und Aufgabe auch der Stadt. Gleiches gilt für die Sauberkeit in Offenbach: Sauberkeit in der Stadt ist ein Bürgerrecht.

Das wollen wir:

- **Die Videoüberwachung beibehalten und wo notwendig einführen**

Die Videoüberwachung am Marktplatz und der Frankfurter Straße ist erfolgreich. Wo Kriminelle fürchten müssen, bei einer Straftat gefilmt zu werden, können sich die Bürger sicher bewegen. Die Erfahrung zeigt ferner, dass die von Kritikern propagierten Verdrängungseffekte nicht eingetreten sind. Wo die Sicherheitslage es erfordert, befürworten wir in Abstimmung mit der Polizei deshalb den Einsatz weiterer Videoanlagen.

- **Den freiwilligen Polizeidienst wieder einführen und erweitern**

Sicherheit ist Aufgabe der Polizei und der Stadt. Der freiwillige Polizeidienst ist ein sinnvolles Instrument für mehr Sicherheit in Offenbach. Beispiele in vielen anderen Gemeinden in Hessen zeigen, dass sich das Engagement der Bürger für die Sicherheit in ihrer Stadt lohnt. Auch in Offenbach sollen Bürger die Möglichkeit erhalten, einen Beitrag für die Sicherheit zu leisten. Eine Beteiligung soll in Abstimmung mit der Polizei insbesondere in Brennpunkten und gefährdeten Wohnvierteln stattfinden.

- **Den Schutzmann vor Ort einführen**

Der Schutzmann vor Ort kennt seine Stadt und sein Gebiet. Das schafft ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den Bürgern. Dies kommt der polizeilichen Arbeit und damit der Sicherheit zugute. Was es in anderen Städten gibt, muss auch in Offenbach möglich sein. Wir werden uns dafür beim Polizeipräsidenten Südosthessen einsetzen.

- Sicherheitspartnerschaft gegen Jugendkriminalität aufbauen**
 Die Prävention, aber auch die Aufarbeitung von Straftaten von Jugendlichen, muss intensiviert werden. Dazu ist eine bessere Abstimmung aller Beteiligten in der Jugendarbeit erforderlich. So müssen zum Beispiel Mitteilungen der Polizei zukünftig konsequenter als Frühwarnsystem der Jugendhilfe genutzt werden. Außerdem soll die Zusammenarbeit der Jugendsachbearbeiter mit den Polizeirevieren und Fachkommissariaten weiter gestärkt werden. Es darf zukünftig keine Blockade des städtischen Jugendamtes mehr geben. Darüber hinaus befürworten wir die Einführung des Präventionsprogramms „Gelbe Karte“. Wer randaliert, wegen Gewalttaten oder übermäßigem Alkoholkonsums auffällt, muss künftig zeitnah damit rechnen, dass er nicht nur eine Strafanzeige erhält, sondern ihm auch der Entzug oder die verzögerte Ausstellung des Führerscheins droht. Die rechtlichen Möglichkeiten hierfür liegen vor, sie müssen von der Stadt nur ergriffen werden. Wir werden dies tun.
- Für Sicherheit auf Schulweg und Schulhöfen sorgen**
 Gemeinsam mit den Schulen wollen wir ein Konzept entwickeln, mit dem durch die Einbindung von Eltern, Lehrkräften, städtischem Ordnungsamt und Polizei die Sicherheit auf Schulhöfen und im Umfeld von Schulen, vor allem in den Pausen und nach Schulschluss erhöht werden kann. Bestehende Instrumente müssen in das Konzept eingepasst und verstärkt werden. Auch müssen Beschwerden von Anwohnern oder umliegenden Geschäften ernst genommen werden.
- Das Bürger-Alarm-System ausbauen**
 Das erfolgreiche „Bürger-Alarm-System“, mit dem die Polizei schnell und direkt per Telefon die Bürger beispielsweise vor Einbrechern warnen kann, soll weiter ausgebaut werden. Hierzu werden wir gemeinsam mit dem „Förderverein Sicheres Offenbach“ intensiv werben.
- Fußgänger wirksam schützen**
 Radfahrer in der Fußgängerzone sind nicht nur ein großes Ärgernis, sondern sie gefährden mit ihrer oftmals rücksichtslosen Fahrweise die Passanten. Deshalb werden wir regelmäßige Kontrollen durch die städtischen Ordnungshüter vornehmen.
- Mehr Sauberkeit in Offenbach**
 Wir wollen das Erscheinungsbild unserer Stadt deutlich verbessern. Für uns hat das Leitbild der sauberen Stadt Priorität. Wir werden deshalb eine „Stabsstelle Sauberes Offenbach“ schaffen. Deren Aufgabe soll es sein, die Sauberkeit zu gewährleisten, Maßnahmen rasch umzusetzen und Fehlverhalten stringenter zu ahnden. Der Vermüllung Offenbachs durch gedankenloses Wegwerfen von Abfällen, illegale Sperrmüllablagerungen oder sonstige Verschmutzungen (Zigarettenkippen, Kaugummis etc.), beispielsweise in der Fußgängerzone oder in Parks, muss durch eine konsequente Verfolgung entgegengetreten werden. Wir befürworten Aktionen, die dazu beitragen, das Bewusstsein der Bürger für das Erscheinungsbild ihrer Stadt zu stärken. So werden wir etwa die Aktion „Gib Acht auf Offenbach“ fortführen und ausweiten. Darüber hinaus werden wir ein geeignetes Qualitätsmanagement für die zu reinigenden Flächen einführen. Auch das trägt zu einem sauberen Erscheinungsbild Offenbachs bei.

FAMILIE, JUGEND UND SOZIALES

Es ist wichtig, dass unsere Stadt in den nächsten Jahren an Attraktivität für Familien gewinnt. Eine zu geringe Wertschätzung der Lebensform Familie hat unsere Gesellschaft ärmer gemacht. Wir fordern daher, den Stellenwert von Kindern und Familien wesentlich zu verbessern. Die Stadt Offenbach kann viel dazu beitragen, dass junge Familien bei uns eine Perspektive sehen und sich wohl fühlen.

Das wollen wir:

- **Familienförderung den Vorrang einräumen**
Intakte Familien bieten die besten Voraussetzungen für die optimale Entwicklung von Kindern. Bei ernsthaften Ehekrisen leiden die Kinder erheblich und wünschen sich stabile familiäre Strukturen. Diese können jedoch häufig nur durch Beratung und Hilfe von außen erhalten werden. Der Familienförderung muss daher Vorrang vor anderen Hilfsangeboten eingeräumt werden. Um familiäre Strukturen zu stärken, sollen insbesondere die Beratungsangebote, wie Ehe-, Erziehungs- und Suchtberatung weiter entwickelt werden.
- **Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten**
Die Lebensplanung junger Familien beinhaltet die volle oder teilweise Berufstätigkeit der Eltern. Die Ausübung des erlernten Berufs ist genauso wichtig wie das Leben mit Kindern in einer Familie. Ebenso sind Alleinerziehende auf die Ausübung des Berufs zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen. Voraussetzung ist jeweils ein funktionierendes und verlässliches Betreuungssystem für Kinder. Wir setzen uns daher für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Krippen-, Kita- und Hortplätzen ein. Um das Tagesmütterpotential zu erhöhen, sind der Ausbau des Angebotes und die Qualifizierung von Tagesmüttern zu forcieren. Darüber hinaus wollen wir in Offenbach verlässliche und flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten auch in Randzeiten.
- **Sprachförderung von Anfang an ermöglichen**
Offenbach ist eine junge Stadt. Jedes zweite Kind, das in unserer Stadt geboren wird, stammt aus einer Migrantenfamilie. In diesen Familien wird vorwiegend die Herkunftssprache gesprochen. Die Kinder haben bei der Einschulung oft ein erhebliches Defizit im Beherrschen der deutschen Sprache. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Kindern aus Migrantenfamilien ausreichend Deutschkenntnisse zu vermitteln. Dies soll zum einen durch den weiteren Ausbau der Sprachförderung in Kindertagesstätten und Vorschuleinrichtungen erfolgen zum anderen sollen Migrantenfamilien angehalten werden, mehr Deutsch in ihren Familien zu sprechen.
- **Durch Kinderbetreuung wieder in Arbeit kommen**
Familien oder Alleinerziehende, die Leistungen gem. SGB II erhalten, weil sie keine ausreichende Kinderbetreuung haben, soll es künftig mit uns nicht mehr geben. Kinderbetreuung darf kein Grund mehr sein für den Bezug von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Dies entlastet den Sozialhaushalt der Stadt.

- **Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln**
Den Mitarbeitern des Eigenbetriebs Kindertagesstätten Offenbach kommt schon seit geraumer Zeit eine Schlüsselstellung bei der Vermittlung der deutschen Sprache zu. Um die Vermittlung der deutschen Sprache und die Anpassung an tägliche Erfordernisse sowie Veränderungen im Erziehungsbereich zu gewährleisten, sollen die Ausbildungsordnung für Erzieher fortgeschrieben und die Qualifizierungsmaßnahmen des EKO fortgeführt werden.
- **Gesundheitsprävention für Kinder und Jugendliche ausbauen**
Viele Kinder und Jugendliche in Offenbach sind nicht genügend auf die Probleme durch falsche Ernährung, Bewegungsmangel, Drogen-, Alkohol- und Nikotinmissbrauch vorbereitet. Erziehungsberechtigte unterschätzen auch oft die Gefahren für Kinder und Jugendliche durch unkontrollierten PC- und Fernsehkonsum sowie ihr eigenes Vorbild beim Umgang mit Suchtmitteln. Durch verstärkte Prävention in Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen und im Gesundheitswesen müssen diese Gefahren transparenter gemacht werden. Ihnen muss mit geeigneten Strategien vorgebeugt werden.
- **Verantwortung für Spielplätze durch ehrenamtliche Paten**
Spielplätze sind meist die ersten Treffpunkte für Kleinkinder und deren Eltern im öffentlichen Raum. Hier werden Kontakte geknüpft, es wird gespielt und gelernt. Spielplätze sind unentbehrliche Orte einer Kommune, deren dauerhafte Instandhaltung aber auch personal- und kostenintensiv ist. Anwohner oder Eltern von spielenden Kindern sollen als ehrenamtliche Paten gewonnen werden, um ein besonderes Augenmerk auf „ihren“ Spielplatz zu haben. Beschädigungen sowie Verunreinigungen können so frühzeitig gemeldet und dauerhafte widerrechtliche Nutzung vermieden werden.
- **Gemeinnütziges Engagement für Jugendliche ermöglichen**
Ehrenamtliche Arbeit ist ein Dienst für die Allgemeinheit und stärkt das Selbstwertgefühl des Handelnden. Viele Jugendliche sind grundsätzlich bereit, gemeinnützige Aufgaben zu übernehmen; nicht selten fehlt jedoch die Ansprache und ein organisatorischer Rahmen. Jugendliche verfügen bereits über umfangreiche Kenntnisse und Fähigkeiten und sind auch durchaus in der Lage diese einzubringen. Um Jugendlichen die Möglichkeit zum gemeinnützigem Engagement zu geben, sollen ihnen Patenschaften für Schulaufgabenhilfe und Sprachförderung von Migrantenkinder oder zum Umgang mit Informationstechnik für Senioren angeboten werden. Die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements mit Unterstützung des städtischen Ehrenamts-Referates ist maßgeblicher Bestandteil unseres Programms. Nach dem Wegfall des Wehr-/Ersatzdienstes wollen wir gemeinsam mit den freien Trägern und Vereinen für ein Freiwilliges Soziales Jahr in Offenbach werben.

- **Schuldnerberatung zeitnah anbieten**
Private finanzielle Probleme entstehen zumeist schleichend. Die unrealistische Einschätzungen der persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, ein unkritisches Konsumverhalten, Scheidungen oder Arbeitslosigkeit sind oft Ursachen von Überschuldung. Der Zeitfaktor spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Das Angebot einer schnell erreichbaren Schuldnerberatung ist für die Betroffenen wichtig, um nicht stärker in die Überschuldung abzurutschen. Durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Schuldnerberatung in Kooperation mit bestehenden Trägerschaften soll der Überschuldung immer größerer Teile unserer Gesellschaft entgegen gewirkt werden.
- **Hilfe zum Lebensunterhalt bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe**
Es ist für uns selbstverständlich, dass Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen, diese auch erhalten. Klar ist allerdings auch, dass diese Hilfeleistung immer nur eine Hilfe zur Selbsthilfe ist. Das Ziel eines jeden von uns muss sein, eigenständig und ohne staatliche Unterstützung sein Leben zu gestalten. In Offenbach gibt es vielfältige Unterstützungsangebote von den unterschiedlichsten Trägern. Wir werden gemeinsam mit den Angebotsträgern Ziele definieren und auf dieser Grundlage die Angebote einer Evaluierung unterziehen. Wir unterstützen die von der Stadt angestrebte Übernahme der Hilfebezieher nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz-4) im Rahmen des so genannten Optionsmodells.
- **Effektivere Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche**
Die Organisationsstrukturen von Jugendamt, Sozialamt und ARGE haben sich an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu orientieren. Es ist Aufgabe des Sozialdezernats, dies zu koordinieren.
- **Effektive und frühzeitige Kriminalitätsprävention**
Die Kriminalitätsentwicklung von Jugendlichen gibt Anlass zu großer Besorgnis. Umso wichtiger ist es, dass Fehlentwicklungen so frühzeitig wie möglich von allen Beteiligten konzertiert entgegen gewirkt wird. Die Schnittstellen von Jugendhilfe, Staatsanwaltschaft und Polizei sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben entsprechend zu definieren und so eine verbesserte Zusammenarbeit sicher zu stellen.

SENIOREN

Der Anteil älterer Menschen wird auch in Offenbach steigen: Sind derzeit 17,4 Prozent der Bürger älter als 65 Jahre, so werden es im Jahr 2025 schon fast 20 Prozent sein. Alter ist kein Lebensabschnitt mit einheitlichen Bedürfnissen, sondern eine Vielfalt individueller Lebenssituationen mit höchstpersönlichen Ansprüchen und Wünschen. Eine ständig steigende Lebenserwartung gibt dem Alter in der Lebensgeschichte der Menschen eine wesentlich höhere Bedeutung als früher, verbunden mit vielen Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung und Weiterentwicklung. Dem gilt es gerecht zu werden.

Das wollen wir:

- **Ein Informationsnetzwerk für Senioren schaffen**

Die Altenclubs und Seniorentreffs stellen eine besondere Form der Selbsthilfe dar und nehmen eine wichtige soziale Funktion wahr. In Stadtteilen, kirchlichen Gemeinden, Sport- und Kulturvereinen finden wir viele solcher Treffs mit einer Vielzahl von interessanten Veranstaltungen und Angeboten. Verbesserungswürdig ist jedoch die Vernetzung und Information darüber. Durch ein entsprechendes Angebot sowohl im Internet als auch in gedruckter Form wollen wir dem abhelfen – Stichwort „Seniorenkulturkalender“.

- **Das Programm „Aktiv im Alter“ forcieren**

Es ist zu beobachten, dass ältere Mitbürger, solange sie selbstständig und beweglich sind, sich weder als Senioren fühlen, noch von den Angeboten der Seniorenarbeit angesprochen werden. Das liegt in erster Linie daran, dass die üblichen Angebote als Betreuung oder versorgende Hilfe verstanden wird. Der Personenkreis, der im beruflichen Alltag z.B. für seine Mitbürger Angebote erarbeitet und durchgeführt hat, ist durchaus in der Lage, diese im Ruhestand ehrenamtlich anzubieten (bürgerchaftliches Engagement). Wir wollen hierzu die Möglichkeiten bieten.

- **Die Struktur der Seniorenarbeit modernisieren**

Aufgrund der demographischen Entwicklung und dem sich daraus ergebenden weiteren Aus- und Umbau der sozialen Infrastruktur halten wir es für erforderlich, die Kompetenz des Seniorenbeirates zu erweitern. Die Zusammenarbeit mit den vorhandenen Einrichtungen und Gremien der Altenhilfe muss ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Mitwirkung bei der Planung, Durchführung und Koordination von Bildungsangeboten sowie eine Beratung der städtischen Gremien sowie der sozialen Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe. Die Notwendigkeit für eine neue hauptamtliche Stelle sehen wir hier nicht, jedoch können durch die Bündelung der verschiedenen Aufgaben Mittel freigesetzt werden, die der direkten Seniorenarbeit zufließen können. Das wollen wir veranlassen.

- **Die Seniorenarbeit auf neue Anforderungen ausrichten**

Lebenslagen und Lebensaufgaben stellen sich für Männer und Frauen auch und gerade im Alter unterschiedlich dar. Seniorenarbeit und Altenhilfe stehen durch die wachsende Zahl älterer Migrantinnen und Migranten vor neuen Herausforderungen. Bedingt durch den Strukturwandel auch in diesen Familien werden in den nächsten 5-10 Jahren zunehmend mehr Bürger Leistungen der stationären oder ambulanten Pflege in Anspruch nehmen müssen. Aus diesem Grund sind die Einrichtungen und Dienste der Altenpflege und Altenhilfe dazu aufgerufen, sich auf diesen Personenkreis vorzubereiten. Die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen und von Wissen im Bereich kultursensibler Altenhilfe sowie die interkulturelle Öffnung von Institutionen werden in den nächsten Jahren wichtige Faktoren sein. Wir werden dazu eine Informationsplattform bieten.

- **Das Sportangebot für Senioren ausbauen**

Sport für Seniorinnen und Senioren leistet einen wichtigen Beitrag zur Pflege der Begegnung, der Kommunikation und vor allem zur Förderung der Gesundheit und Beweglichkeit. Die Sportvereine sind hierzu zentrale Partner der Stadt. Gemeinsam mit den Vereinen werden wir prüfen, ob und wie das Sportangebot für Senioren ausgebaut werden kann.

- **Bildungsangebote für Senioren anbieten**

Viele Menschen im Ruhestand wünschen sich Bildungsangebote, die nicht der zielgerichteten Vorbereitung einer beruflichen Prüfung oder Weiterbildung dienen, sondern den persönlichen Interessen und Hobbies sowie dem Umgang mit neuen Informationstechniken. Der pädagogische Ansatz für Bildungsangebote bei Senioren muss zum einen den reichen Erfahrungsschatz eines aktiven beruflichen und privaten Lebens berücksichtigen und zum anderen bei der Vermittlung im Umgang mit modernen technischen Einrichtungen die unterschiedlichsten Zugangsvoraussetzungen beachten. Die städtische Volkshochschule soll daher verstärkt Bildungsangebote bereithalten, die sich stärker als bisher beispielsweise auf sinnvolle Freizeitgestaltung, Bildungsreisen, Gesundheit, Religion und den Umgang mit Informationstechnik und Unterhaltungselektronik fokussieren.

GESUNDHEIT

Die Gesundheit ist ein hohes Lebensgut. Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden gleich sein. Kommunaler Regelungsbedarf kann sich vorrangig nur auf Rahmenbedingungen beziehen. Die Versorgung im Gesundheitsbereich muss, abgesehen vom stationären Bereich, in erster Linie von freien Trägern durchgeführt werden.

Das wollen wir:

- **Das Klinikum Offenbach als Haus der Maximalversorgung bewahren und ausbauen**
Das Klinikum Offenbach ist ein zentraler Bestandteil der Gesundheitsversorgung der Bürger unserer Stadt. In kommunaler Verantwortung sehen wir die beste Möglichkeit, die Standards eines Hauses der Maximalversorgung zu bestimmen und die Qualität der medizinischen Leistung zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, das Klinikum Offenbach als multifunktionales Haus der Maximalversorgung zu erhalten und weiter auszubauen.
- **Eine Verbundlösung für das Klinikum Offenbach anstreben**
Einzelne kommunale Kliniken sind im bestehenden starken Wettbewerb mittelfristig alleine nicht überlebensfähig. Deshalb ist eine Verbundlösung für das Klinikum Offenbach in Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Krankenhäusern der Region anzustreben.
- **Offenbach als medizinisches Oberzentrum erhalten**
Der Neubau des Klinikums Offenbach ist der entscheidende Impuls, um unsere Stadt als medizinisches Oberzentrum zu erhalten. Die größte Investition der Nachkriegszeit sichert den hohen medizinischen Standard durch modernste Einrichtungen und Technik, der von erfahrenen Medizinern und Pflegepersonal garantiert werden. Wichtig ist jedoch die schnelle Behebung der hohen Zahl von Baumängeln. Dabei gilt es, Regressansprüche konsequent geltend zu machen und beizutreiben. Das Ketteler-Krankenhaus, die Klinik Dr. Frühauf und die niedergelassenen Fachärzte vor Ort gehören aber ebenso zum hohen medizinischen Angebot in Offenbach. Die CDU unterstützt nachhaltig die Kooperation des Klinikums Offenbach mit in Offenbach niedergelassenen Ärzten.
- **Die ambulanten Dienste stärken**
Zum Bestandteil des medizinischen Oberzentrums Offenbach gehören der Erhalt und die Förderung von Einrichtungen für geistig und körperlich Behinderte sowie der Tagesklinik für seelisch Kranke. Selbsthilfegruppen in allen Gesundheitsbereichen zählen hier ebenso dazu wie die Aus- und Weiterbildung von hochqualifizierten medizinischen Fachkräften. Die Zusammenarbeit zwischen den Kliniken und niedergelassenen Fachärzten ist notwendiger Bestandteil des medizinischen Angebots unserer Stadt. Die Kooperation mit Anbietern ergänzender Dienste im Bereich der ambulanten Rehabilitation und Hauspflege komplettiert das Angebot.

- **Hospiz- und Palliativangebote weiter ausbauen.**

Die stationäre Versorgung unheilbar Kranker und Sterbender ist im Klinikwesen eine junge Disziplin. Menschen ohne reale Heilungschancen, aber mit massiven Krankheitsbelastungen und Schmerzen, bedürfen unserer besonderen Zuwendung. Daher sind sowohl die ambulanten und stationären Palliativangebote, Schmerztherapien für Schwerstkranke, als auch die ambulanten und stationären Hospizangebote, die Begleitung von Sterbenden und ihrer Angehörigen weiter auszubauen. Hospiz- und Palliativangebote gehören zu einem medizinischen Oberzentrum. Die ökumenische Hospizbewegung soll durch städtische Unterstützung ihr ambulantes Hilfsangebot weiter ausbauen können.

- **Häusliche Pflegedienste ausbauen**

Pflegebedürftige Bürger möchten so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben. Dazu sind sie auf gut vernetzte ambulante Dienste angewiesen. Nur sie ermöglichen es, den Betroffenen die entsprechende, notwendige Pflege in großem Umfang zukommen zu lassen. Wir werden dies wo immer möglich fördern.

KULTUR

Wir bekennen uns zu einem vielfältigen Kulturleben in unserer Stadt. Sowohl städtisch initiierte Kulturaktivitäten als auch insbesondere das Kulturleben von Vereinen, Gruppen und privaten Initiativen sind die tragenden Säulen des kulturellen Offenbachs und verdienen gleichwertige Unterstützung. Zusammen sind sie grundlegend für die Entstehung eines kulturellen Stadtbildes.

Die kulturelle Infrastruktur Offenbachs muss so angelegt sein, dass sie alle Bevölkerungs- und Altersgruppen erreicht und diese sich darin auch wiederfinden. Das Offenbacher Kulturleben soll unverwechselbar sein und zur Identifikation mit der Stadt beitragen.

Das wollen wir:

- **Offenbacher Museen erhalten und pflegen**

Das Deutsche Ledermuseum und das Klingspormuseum sind in unserem Land einmalige kulturelle Einrichtungen. In diesen Museen werden einzigartige Exponate aus Leder sowie der Schriftkunst gezeigt, und die Museen leisten bedeutende Beiträge zur Forschung und zum Erhalt vieler nicht in Museumsbesitz befindlicher Stücke. Offenbach erfüllt mit diesen Museen einen Beitrag zur Bewahrung des nationalen Kulturerbes. Wir wollen gemeinsam mit diesen beiden Museen eine aktive Marketingstrategie erarbeiten, um das Interesse von mehr Besucherinnen und Besuchern sowohl aus Offenbach als auch von außerhalb zu gewinnen. Wo Investitionen in die Gebäudesubstanz notwendig sind, werden wir diese im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützen. Das Haus der Stadtgeschichte soll in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv als zentraler Ort weiter entwickelt werden, in dem die Geschichte Offenbachs den Besuchern interessant und anregend vermittelt wird.

- Kunst und Kultur in Offenbach gleichrangig unterstützen**
 Das Offenbacher Kunst- und Kulturleben ist vielfältig. Neben dem akademischen und gewerbsmäßigen Kulturbetrieb existiert ein reichhaltiges künstlerisches Leben, das von verschiedensten Vereinen und privaten Initiativen getragen wird. Besonders die ehrenamtlichen Aktivitäten und Projekte sowie das künstlerische Engagement in Kirchengemeinden und Vereinen verdient nachhaltige städtische Unterstützung. Sie vervollständigen das Angebot kulturellen Schaffens in unserer Stadt. Die Kulturvereine sollen durch die kostengünstige Nutzung von städtischen Gebäuden und Hallen sowie von Einrichtungen des Stadtkonzerns für Proben und Veranstaltungen unterstützt werden. Wir wollen die Aufstellung von einheitlichen Litfaßsäulen und Plakatwänden, die den Vereinen zur Ankündigung ihrer Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Diese können den Schilderwald an Offenbachs Straßenkreuzungen effizient ersetzen.
- Kulturelle Plattformen schaffen**
 Offenbach muss auch künftig Austragungsort für eine Vielzahl kultureller und kreativer Ereignisse bleiben. Theater, Konzerte, Ausstellungen und Märkte haben in Offenbach große Tradition und sind Ausdruck des hohen Stellenwertes, den Kunst und Kultur in unserer Stadt genießen. Durch die gute Verzahnung der städtischen Kunst mit der Hochschule für Gestaltung bleibt Offenbach am Puls der Zeit. Kunst und Kultur benötigen für ihre Darstellungen geeignete Plattformen. Wir wollen gemeinsam mit der HfG und den Kulturschaffenden in der Stadt darüber beraten, wie solche Plattformen geschaffen und gestaltet werden können.
- Hochschule für Gestaltung als Motor der Kreativstadt einsetzen**
 Die HfG wirkt als Magnet für kreativ Schaffende und künstlerisch Tätige, die sich auch beruflich in diesen Bereichen engagieren und selbständig machen. Impulse erhalten sie zu einem großen Teil auch aus dem ansässigen Hochschulbereich. Die Kommunalpolitik kann hier günstige Rahmenbedingungen schaffen, um kreativ-schaffende Unternehmen nach Offenbach zu holen. Die Verzahnung der Hochschule für Gestaltung mit ansässigen Unternehmen ist geeignet, den Kreativstandort Offenbach weiter zu fördern. Die CDU unterstützt das Vorhaben der Landesregierung, für die HfG im Hafenviertel einen neuen Standort zu schaffen. Gleichzeitig sind aber auch innerstädtische Alternativlösungen als Standort zu prüfen.
- Städtepartnerschaften erfahrbar machen**
 Städtepartnerschaften haben ihren historischen Anspruch erfüllt. Das geeinte Europa ist Wirklichkeit geworden. Um die bestehenden Städtepartnerschaften zu pflegen und auszubauen, sollen verstärkt jüngere Menschen an Besuchsprogrammen der Partnerstädte teilnehmen. Aber auch ältere Mitbürger und vor allem Vereine sollen für Besuche in Partnerstädten gewonnen werden.
- Vom Kulturfond Rhein-Main profitieren**
 Der Kulturfonds Rhein-Main ist eine sinnvolle Einrichtung. Wir wollen, dass die Stadt Offenbach dem Kulturfonds beitritt. Die zu erwartende finanzielle Unterstützung durch den Fonds für Offenbacher Kulturprojekte ist höher als der von der Stadt zu erbringenden Beitrag. Mit dem Beitritt zum Kulturfonds verbinden wir jedoch die Erwartung an das Land, von den bisherigen jährlichen Zahlungen an die Hochschule für Gestaltung entbunden zu werden. Die HfG ist eine Hochschule des Landes, damit obliegt dem Land auch die alleinige Finanzierung.

SPORT UND FREIZEIT

Sport und Freizeit sind ein wichtiger Teil unseres Lebens. Sie verbinden über Alters-, Sozial- und Nationalitätsschranken hinweg die Menschen in unserer Stadt und sind dabei zugleich die beste Jugend- und Integrationspolitik. Die Sportvereine sind Aushängeschilder Offenbachs, sie genießen vielfach überregionale Bekanntheit und engagieren sich gleichermaßen im Breiten- und Spitzensport. Mit diesen Pfunden muss Offenbach auch in Zukunft wuchern.

Das wollen wir:

- **Offenbacher Sportvereine unterstützen und fördern**

Die Offenbacher Sportvereine sind die Grundlage dafür, dass in unserer Stadt überhaupt organisiert Sport betrieben werden kann. Die Förderung und Unterstützung der Vereine und ihrer Sportanlagen ist daher von besonderer Bedeutung. Dabei wollen wir die Sportvereine einbeziehen, denn diese haben schließlich den direkten Draht ihren engagierten Mitgliedern. Die Schnittstellen zur EEG/GBM sind zu entbürokratisieren.

Die CDU wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt den Neubau des Kickers-Stadions positiv begleiten. Die Arbeiten, die mit einem großzügigen Zuschuss des Landes möglich wurden, dürfen nicht unterbrochen werden. Dies gilt ebenso für die mit einem Landeszuschuss begonnene Sanierung der Vereinsanlagen des Fechtclubs Offenbach. Auch der Ausbau und die Sanierung des Schwimmbadzentrums auf der Rosenhöhe werden durch das Land unterstützt. Das darf jedoch nicht dazu führen, das Ziel, ein Hallenschwimmbad in Offenbach zu bauen, aus den Augen zu verlieren. Wir werden darüber hinaus gemeinsam mit dem Judoclub Samurai prüfen, wie eine adäquate Sportstätte für den Verein geschaffen werden kann.

- **Neue Sportarten ermöglichen**

Kennzeichen einer modernen Sportstadt ist auch ein Angebot an Trendsportsarten wie Golf, Skaten, Freeclimbing oder Nordic Walking. Sofern Vereine diese nicht in vollem Umfang anbieten können, sind Investoren und private Betreiber gefragt. Wir unterstützen solche Initiativen ausdrücklich. Der Golfsport hat sich in den vergangenen Jahren noch stärker zum Breitensport entwickelt. Zur Attraktivität Offenbachs, gerade auch im Wettbewerb mit anderen Städten der Region, gehört daher auch ein Golfsport-Angebot. Wir werden deshalb mit Interessierten gemeinsam prüfen, wo in Offenbach ein privat finanzierter Bau einer Driving-Range und eines öffentlichen 9-Loch-Platzes möglich ist.

- **Leonhard-Eißnert-Park mehr aktivieren**

Der Leonhard-Eißnert-Park bietet wunderbare Freizeitmöglichkeiten für Familien. Allerdings ist der Park als Freizeitoase viel zu wenig im Bewusstsein der Offenbacher Bürgerinnen und Bürger verankert. Wir wollen dies ändern und das Angebot analysieren und zum bestehenden Kletterpark ergänzen. Damit der Leonhard-Eißnert-Park und die übrigen Parks in der Stadt besser geschützt sind, werden wir in einer Parkordnung klare Regelungen für die Nutzung der Parkflächen und das Verhalten der Parknutzer aufstellen.

- **Den Wetterpark weiter ausbauen**

Der Wetterpark hat sich erfreulicherweise und trotz unserer Bedenken zu einem Publikumsmagneten und einer wirklichen Bereicherung des Freizeit- und Bildungsangebotes in Offenbach entwickelt. In Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst wollen wir Angebot und Infrastruktur des Wetterparks erweitern und verbessern.

- **Zentrales Hallenbad errichten**

Eine Generation ist in Offenbach bereits ohne ein Hallenbad aufgewachsen. Die notwendigen SpARBemühungen der Stadt zur Haushaltskonsolidierung ließen keinen Raum für ein städtisches Schwimmbad, das besonders von Kindern und Jugendlichen schmerzlich vermisst wird. Pläne für ein privat betriebenes Schwimmbad wurden bisher nicht konsequent verfolgt. Zum Ausbau des Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche sowie zur Förderung des Schul- und Schwimmsports werden wir die Errichtung eines Hallenbades mit Hilfe privater Investoren angehen.

UMWELT

Eine moderne Umweltpolitik ist auf den nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet. Ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte müssen dabei vernünftig gewichtet werden.

Das wollen wir:

- **Die Qualität der Luft weiter verbessern**

Die Luftqualität ist in den vergangenen 20 Jahren durch vielfältige Maßnahmen deutlich verbessert worden. Die Feinstaubbelastung stellt die Stadt jedoch vor neue Herausforderungen. Der Einführung einer Umweltplakette für Kraftfahrzeuge stehen wir mit großer Skepsis gegenüber, da die Erfahrungen anderer Städte wenig bis gar keine Wirkung erkennen lassen. Darum gilt es, technologische Innovationen und Projekte zur Einsparung von Energie ebenso zu unterstützen wie die Nutzung regenerativer Energien. Den Bau des Pelletwerkes der EVO auf dem Alessa-Gelände und den verstärkten Einsatz von Holzpellets anstelle von Steinkohle begrüßen wir ebenso wie den Ausbau der Fernwärme. Bei der Entscheidung über Neuanschaffungen im städtischen Fuhrpark und von Fahrzeugen in Unternehmen mit kommunaler Beteiligung ist der Schadstoffausstoß als Kriterium zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die Ausschreibung von Verkehrsdienstleistungen.

- **Eine energetische Effizienzsteigerung**

Wir unterstützen die Nutzung von Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden für die Gewinnung von Solarenergie. Allerdings bleibt dies für uns eine Aufgabe der Eigentümer. Bei der Modernisierung von Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden besitzen für uns wirtschaftliche und ökologische Aspekte die gleiche Gewichtung. Bei der Höhe der Investitionen stehen für uns das Machbare und Finanzierbare im Vordergrund. Gleiches gilt bei der energetischen Gebäudesanierung. Bei kommunalen Neubaumaßnahmen ist für uns das Niedrigenergiehaus der wünschenswerte Maßstab, andere Bauformen mit noch geringeren Energiewerten müssen sich daran messen lassen, ob der finanzielle Aufwand in einem wirtschaftlich vertretbaren Nutzen steht und ob die praktische Nutzung die theoretischen Einsparungen überhaupt zulassen.

- **Erneuerbare Energien ja – aber ohne Zwang**

Bei der Modernisierung von Heizungsanlagen und der Gebäudesanierung von Privathäusern setzen wir auf die wirtschaftliche und umweltpolitische Vernunft der Hauseigentümer. Vorschriften, etwa in Form von Satzungen, die bestimmte Energie- oder Sanierungsmaßnahmen vorschreiben, lehnen wir ab.

- **Gepflegte Parks und Grünflächen**

Für die Lebensqualität in Offenbach sind das Mainufer, das Mainbogen-Gelände, der Kuhmühlgraben, die Bieberauen, der Stadtwald sowie die Grünflächen und Parkanlagen von besonderer Bedeutung. Der Schutz dieser Gebiete ist eine ebenso wichtige Aufgabe wie ihre ordentliche Pflege. Bei der unerlässlichen Sanierung und Pflege der Grünflächen und Parks ist für uns eine öffentliche Ausschreibung der notwendigen Arbeiten selbstverständlich. Gleiches gilt dafür, dass nur ausgewiesene Fachfirmen mit entsprechendem Fachpersonal zum Einsatz kommen. Die Vergabe von Arbeiten an Billiglohn-Firmen oder Firmen, die mit 1-Euro-Jobs agieren, ist auf echte Reinigungs- oder Hilfstätigkeiten zu beschränken.

FLUGHAFENAUSBAU

Seit Beginn der Diskussion um den Flughafenausbau vor über 10 Jahren ist die Offenbacher CDU ein stabiler und verlässlicher Vertreter der Offenbacher Position und hat ungeachtet aller Querelen innerhalb des desolaten Rot-Grün-Gelben Bündnisses dafür Sorge getragen, dass die breite Basis gegen noch mehr Fluglärm über unserer Stadt nicht auseinander gebrochen ist.

Der Flughafen ist für die Prosperität der gesamten Region unentbehrlich. Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze für die Menschen im Rhein-Maingebiet sind die Ergebnisse einer verantwortungsvollen Regionalpolitik.

Das wollen wir:

- **Ein generelles Nachtflugverbot**

Der ungestörte Schlaf in der Zeit von 23 Uhr bis 5 Uhr ist für die Gesundheit der Menschen, insbesondere der Kinder, von übergeordneter Bedeutung. Die CDU sieht diesbezüglich dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, in dessen Vorfeld von der städtischen AG Flughafen gute Arbeit geleistet wurde, zuversichtlich entgegen.

- **Wachstum**

Wenn der Flughafen wachsen muss, dann soll er wachsen können. Dies darf jedoch nicht mit zusätzlichen Lärmbelastungen für unsere Stadt verbunden sein.

- **Belastungsgerechtigkeit**
Seit Jahrzehnten ertragen die Offenbacher Bürgerinnen und Bürger den Lärm von drei An- und Abflugrouten. Wenn nun die Nordwestbahn in Betrieb gehen wird, muss es zu einer gerechten Verteilung der Lärmbelastung kommen. Wer von der Nähe zum Flughafen profitiert der muss auch bereit sein, einen Teil der unangenehmen Begleiterscheinungen zu tragen. Es ist durchaus verständlich, dass Kommunen, die bisher weitgehend vom Fluglärm verschont geblieben sind, dies auch zukünftig gerne so hätten. Eine solche Position ist jedoch in höchstem Maß unsolidarisch gegenüber denen, die seit Jahr und Tag mit diesen Belastungen leben und in einem demokratischen Staatswesen so nicht haltbar.
- **Lärmentlastung**
Die vom FFR (Forum Flughafen Region), der Nachfolgeorganisation des Regionalen Dialogforums, entwickelten Ansätze finden unsere Zustimmung und sind ein guter Einstieg in die Bearbeitung dieser äußerst diffizilen Problematik. Durch die Optimierung der Triebwerke und die Nachrüstung mit speziellen Schalldämpfern an den Flugzeugen muss ein aktiver Schallschutz betrieben werden.
- **Änderungen im Anflugverfahren**
Die im Januar 2011 begonnene Erprobungsphase mit der gekrümmten Anflugroute über die A3 in den Tagesrandstunden sollte auch für den Tagbetrieb übernommen werden. Bereits vor 20 Jahren war die Verschwenkung des Anflugs Richtung Süden, die eine wirkliche Entlastung für Bieber, Tempelsee, Rosenhöhe und Lauterborn bedeuten würde, Forderung der CDU. Der „Anfluggleitwinkel“ muss angehoben werden. Dies bewirkt eine größere Überflughöhe und damit weniger Lärm. Das Anflugverfahren soll weiter optimiert werden. Mit kontinuierlichem Sinkflug und weniger Schub kann mit Unterstützung der Flugsicherung eine spürbare Lärmentlastung erreicht werden.
- **Ausbau des Fluglärm-Monitoring**
Zurzeit wird vom Umwelt- und Nachbarschaftshaus ein sogenanntes Fluglärm-Monitoring ausgebaut. Dadurch Anfang 2011 soll für jeden interessierten Bürger ein System angeboten werden, mit welchem er die drei-dimensionale Darstellung von auffälligen Maschinen, die sich nicht an die Flugrouten halten auf seinem PC zu Hause nachvollziehen können. Die bisher anonyme „Lärmquelle“ bekommt dann eine Zuordnung.
- **Beteiligung an der Wertschöpfung**
Wir stehen für ein lebenswertes Offenbach ein, das bereit ist, seinen Beitrag für die Prosperität der Region und den damit verbundenen Betrieb des Flughafens Frankfurt Rhein-Main zu leisten. Gleichzeitig fordern wir die Partizipation an der Wertschöpfung, die am Flughafen erzielt wird und eine Beteiligung an den Kosten für passiven Lärmschutz.

Christlich Demokratische Union – Kreisverband Offenbach

Parteivorsitzender: Stefan Grüttner MdL

Geschäftsstelle

CDU Offenbach

Markwaldstraße 11

63073 Offenbach am Main

Geschäftsführerin: Ute Robanus

Telefon (069) 81 15 34

Telefax (069) 8 00 46 67

E-Mail post@cdu-offenbach.de

Internet www.cdu-offenbach.de

